

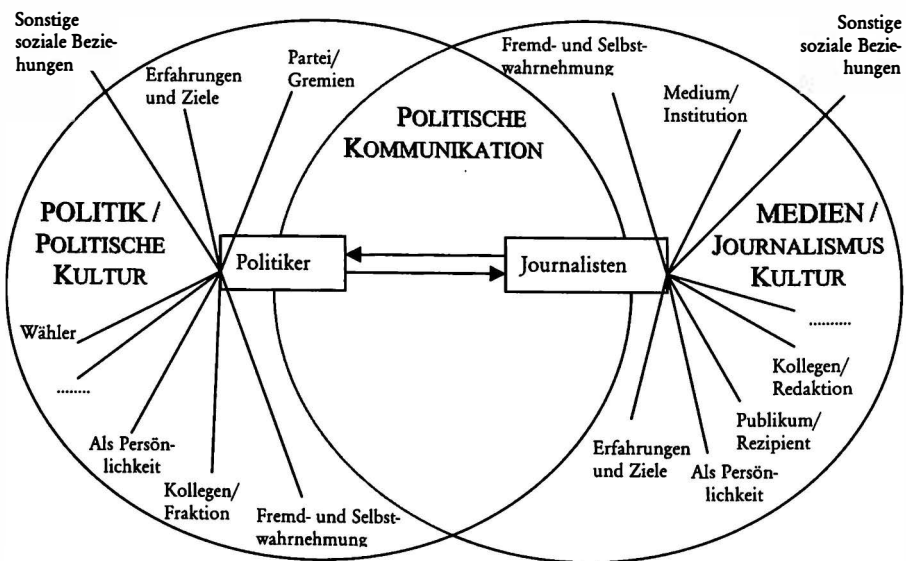
Politik und Medien in Deutschland und den
Niederlanden – eine komparative Analyse zum Wandel
politischer Kommunikationskulturen
(Dissertationsprojekt)

In regelmäßigen Abständen schwappt die Welle der wechselseitigen Kritik von Politikern und Journalisten wieder hoch. Die einen werfen den anderen Manipulation, Negativismus, Verflachung und Hypes vor, die anderen beklagen Inszenierung, Instrumentalisierung und Negierung. Gleichzeitig sind sich beide, Journalisten und Politiker, darüber bewusst, dass sie einander brauchen. Denn Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit sind für den Politiker in der massenmedialen Gesellschaft immer wichtiger, um seine Politik zu legitimieren und Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse dem Wähler zu veranschaulichen – nicht nur in Zeiten von Wahlkämpfen. Journalisten derweil benötigen Informationen und Hintergründe, um ihre Vermittlungsleistung, das heißt die Her- und Bereitstellung von Themen aus der und für die Öffentlichkeit, zu erfüllen. Dies gilt nicht allein für Politiker und Journalisten in Deutschland, sondern auch für die Akteure vieler anderer westlich-demokratischen Gesellschaften. In dem Forschungsvorhaben *Politik und Medien in Deutschland und den Niederlanden* soll speziell die politische Kommunikationskultur in den Nachbarstaaten Deutschland und den Niederlanden verglichen werden.

Beiden Ländern ist gemein, dass sie den westlich-demokratischen Gesellschaften angehören, bei denen Medien und Politik ähnliche Aufgaben, wie zum Beispiel Kontrolle und Kritik, wahrnehmen sollen. Gleichzeitig haben sich Medien und Politik in Deutschland und den Niederlanden jedoch strukturell und kulturell unterschiedlich entwickelt. Während die niederländische politische Kultur eher durch Konsens geprägt ist, kommt in Deutschland der konfliktbetonten Auseinandersetzung eine wichtige Funktion zu. Vor dem Hintergrund der auf unterschiedlichen lebensanschaulichen Modellen basierenden Segmentierung der niederländischen Gesellschaft im Zuge der Versäulung können die medialen Strukturen in den Niederlanden analysiert werden. In Deutschland kennzeichnen föderalistische Elemente, Regionalisierung und parteipolitische Polarisierung die Medienlandschaft.

Dies sind nur einige wenige Beispiele, die zeigen, dass Politiker und Journalisten, als wesentliche Akteure politischer Kommunikation, in ihren jeweils eigenen systembedingten und kulturell geschuldeten Strukturen und Organisationskontexten verhaftet sind. Der Journalist arbeitet im Auftrag einer Medienorganisation, ist in der Regel eingebunden in eine Redaktion und einen Kollegenkreis, folgt tradierten Normen und Regeln, die er im Laufe seiner (journalistischen) Sozialisation erlernt hat. Parteistrukturen, Politikerkollegen und politische Entscheidungsprozesse beeinflussen ebenso das Handeln des Politikers wie individuelle Darstellungsmotive und Machtkalküle. Journalisten und Politiker agieren also als Teil ihrer jeweiligen ‚Kultur‘, beeinflussen diese und werden von ihr beeinflusst.

Abbildung 1: Politische Kommunikationskultur: Interaktion von Politikern und Journalisten



Quelle: Eigene Darstellung

Politische Kommunikation, als Schnittmenge politischer und journalistischer Kultur, kann folglich als „politisch-publizistischer Resonanzraum mit wechselseitiger Beobachtung der am Kommunikationsprozess beteiligten politischen und medialen Akteure“¹ verstanden werden. Der Begriff der Kultur ermöglicht es, nicht nur die sozio-politischen und institutionellen Strukturen zu erklären, sondern die „Grundwerte, Kenntnisse und gefühlsmäßige Bindungen, die die Art und Weise bestimmen, in der Menschen innerhalb des Rahmens politischer Institutionen handeln“² zu hinterfragen. Übertragen auf die politische Kommunikation bedeutet dies, dass „das politische Kommunikationssystem nicht nur mit Indikatoren der institutionellen Struktur des politischen und des Mediensystems erklärbar ist, sondern auch die subjektiven Orientierungen der Akteure in diesem System einbeziehen muss.“³ Der internationale Vergleich bietet das nötige Erkenntnispotenzial, um das Wechselspiel von Strukturen und Akteuren zu untersuchen und dabei kulturell geschuldete Unterschiede herauszufiltern. Dabei betrifft „die Struktur der politischen Kommunikation [...] die institutionellen Bedingungen des politischen Systems und des Mediensystems auf der Makro- und Mesebene. Die kulturelle Dimension zielt auf die Beobachtung der Akteure und bezeichnet die Prozesse der Interaktion von politischen Akteuren und Medienakteuren sowie deren Grundlagen, Ergebnisse und Wirkungen.“⁴

Dass das Verhältnis von Politikern und Journalisten als angespannt bezeichnet werden kann, zeigt ein flüchtiger Blick in die Berichterstattung über ihre Interaktion bzw. über das Verhältnis von Politik und Medien im Allgemeinen. So beklagt Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina und ehemalige Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, in einem Bericht in der Frankfurter Rundschau die Verflachung der Berichterstattung und das Verhältnis zu Journalisten: „Ich habe im letzten Jahr ein paar Mal Interviews gegeben, die mir eigentlich nicht besonders provokant erschienen. Ich habe aber gemerkt, dass die jeweiligen Interviewer an nur einer einzigen Aussage interessiert waren. Und die haben sie dann sofort zur Agenturmeldung gemacht: ‚Schwan kritisiert Schröder‘ oder ‚Schwan greift Merkel an‘. [...] Der kommunikative Mehrwert solcher Aktionen scheint mir gering und er hat zumindest mein Vertrauensverhältnis zu diesen Journalisten beeinträchtigt.“⁵ Auch der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat sich in einer politischen Fernsehsendung dem Verhältnis von Politik und

¹ U. SARCINELLI, *Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System*, Wiesbaden 2005, S. 15.

² S. VERBA, *Conclusion: Comparative Political Culture*, in: DERS./ L.W. PYE (Hrsg.), *Political Culture and Political Development*, Princeton, N.J 1965, S. 541.

³ B. PFETSCH, *Politische Kommunikationskultur. Politische Sprecher und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA im Vergleich*, Wiesbaden 2003, S. 34.

⁴ B. PFETSCH/F. ESSER, *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*, Wiesbaden 2003, S. 26.

⁵ G. SCHWAN, *Das aufgeklärte Publikum muss sich wehren. Die Medien hängen einem Negativismus an, werden selbst zu politischen Akteuren und schaffen ihre eigenen Debatten*, in: *Frankfurter Rundschau*, 05.09.2005, http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/dokumentation/?cnt=721230 (06.09.2005).

Medien angenommen und meint, dass Politiker immer mehr dem Einfluss der Medien, vor allem des Fernsehens, ausgesetzt sind und sich dem gar nicht mehr voll entziehen könnten, wenn sie keine politischen Selbstmörder sein wollten. Gleichzeitig kritisiert Thierse jedoch auch die mangelnde Reflexionsleistung von und den erhöhten Druck auf Journalisten: „Der Konkurrenzkampf in Berlin ist viel härter geworden. Der Tempodruck [ist] unerhört, so dass die Seriosität von Berichterstattung, die ja immer auch Nachfragen, Zeit für Reflexion, auch das Moment der Distanz voraussetzt, dass das verloren gegangen ist.“⁶

Auch ein Blick in die Berichterstattung der Niederlande unterstützt diese Annahme. Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der öffentlich-rechtlichen Nachrichtensendung *NOS Journaal* appellierte der niederländische Ministerpräsident Jan Peter Balkenende an die Medien, weniger zynisch zu sein und für eine ausgewogene Berichterstattung zu sorgen: „Es gibt mehr als nur Chaos und Elend in der Welt. Realisiere, dass ein Großteil der Bevölkerung sein Weltbild durch die Medien vermittelt bekommt. Mehr Gleichgewicht in der Berichterstattung ist von Interesse. Hüte dich vor Zynismus bei der Nachrichtenberichterstattung.“⁷ Niederländische Journalisten beklagen hingegen, dass sie immer weniger Informationen von Politikern erhalten. Statt mit einem Politiker selbst sprechen zu können, würden häufig Pressereferenten vorgeschoben. So äußert sich Rimmer Mulder, Chefredakteur bei der niederländischen Regionalzeitung *Leeuwarder Courant*, in einem Themendossier der niederländischen Tageszeitung *NRC Handelsblad* besorgt über den Umgang zwischen Regierungsapparat und Journalisten: „Die staatlichen Institutionen empfinden die Presse als lästig, als Risikofaktor. Für eine unabhängige Betrachtung gibt es nur noch wenig Respekt. Bei allem was der Staat macht, stülpt er lieber ein eigenes Kommunikationspaket drüber. Dies endet in einer grässlichen Gesellschaft. Big Brother kommt näher: eine große Zentrale, die für uns entscheidet was wir wissen dürfen oder auch nicht und wie wir darüber zu denken haben. So wie der Staat derzeit mit der Presse und mit Informationen umgeht, ja, das finde ich anti-demokratisch.“⁸

Inwiefern das hier suggerierte angespannte Verhältnis zwischen Politik und Medien tatsächlich Abbild eines Veränderungsprozesses der politischen Kommunikation ist, welche Ursachen sich hierfür verantwortlich zeichnen und welche Bedeutung dies für das Verhältnis von politischen und journalistischen Akteuren sowie für die Stabilität der politischen Kommunikationskultur eines Landes hat, soll in der vorliegenden Arbeit komparativ am Beispiel der Niederlande und Deutschland analysiert werden. Dabei soll das Wechselspiel von akteurszentrierter Mikroebene, der organisations- und institutionen-

6 W. THIERSE, *Hart aber Fair. Politik in der Medienfalle. Das Interview mit Wolfgang Thierse*, Sendung vom 29.09.2004, Interviewskript.

7 N.N., *Balkenende: goed nieuws is ook nieuws*, in: *Apeldoornse Courant*, 08.11.2005. (Übersetzung d.d. Verf.)

8 G. VAN WESTERLOO, *Oorlog tussen pers en politiek*, in: *M. Het Maandblad van NRC Handelsblad*, 9/2004, S. 49 f. (Übers. d.d. Verf.)

orientierten Mesebene mit der system- und kulturorientierten Makroebene berücksichtigt werden.

Vor diesem Hintergrund erfolgt zunächst eine systematische Betrachtung der verschiedenen Einflussfaktoren auf die politische Kommunikationskultur eines Landes. An Hand von Normen-, Struktur-, Funktions- und Rollenkontexten werden wesentliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten der medialen und politischen Systeme in Deutschland und den Niederlanden aufgezeigt, um in einem zweiten Schritt das Verhältnis von Politik und Medien nach dem Zweiten Weltkrieg für Deutschland und die Niederlande chronologisch zu beschreiben. Wichtige Meilensteile des Wandels politischer Kommunikationskulturen sollen dargestellt und ihre Bedeutung für die Veränderung politischer Kommunikationskulturen eines Landes und deren Akteure hinterfragt werden. Zeitlicher Schwerpunkt der Analyse bildet die Periode 1990 bis 2005. Denn gerade die 1990er-Jahre markieren politisch und medial einen Wendepunkt. Politisch insofern, als das Parteibindungen abnehmen, die Zahl der Wechselwähler deutlich zunehmen und symbolisch-mediale Elemente in der Politik einen immer wichtigeren Stellenwert einnehmen. Dieser Prozess wird in der Politik- und Kommunikationswissenschaft häufig als Mediatisierung oder Medialisierung angedeutet. Auf der Seite der medialen Entwicklung hält kommerzielles Privatfernsehen Einzug in die niederländischen und deutschen Haushalte. Öffentlich-rechtliche Sender müssen sich ihrer neuen Rolle und Funktion bewusst werden. Das Fernsehen baut seine Vormachtsstellung weiter aus. Wirtschaftliche Einsparungen sind notwendig, Medienkonzentrationen nehmen zu. Ende der 1990 Jahre rückt zudem auf der Skala der Medienrevolution das Internet und die damit verbundenen Dienste wie Email und World Wide Web in den Vordergrund. Die hier beschriebenen medialen Entwicklungen können mit dem Stichwort ‚Ökonomisierung‘ zusammengefasst werden.

Inwiefern Medialisierung und Ökonomisierung in Deutschland und den Niederlanden Einfluss auf die politische Kommunikationskultur ausüben und ob und inwiefern dies auch die Interaktion von Politikern und Journalisten in der Periode 1990 bis 2005 beeinflusst hat, soll durch die Verwendung empirischer Methoden analysiert werden. Ein Methoden-Mix bietet sich an, um die Komplexität des Untersuchungsgegenstandes fassen zu können. Neben Leitfadengesprächen mit Akteuren aus Politik und Medien soll ebenfalls eine qualitative Inhaltsanalyse von Meta-Kommunikation über Politik und Journalismus in (Fach-) Publikationen und Leitmedien Aufschluss geben.

Der Vergleich der politischen Kommunikationskulturen in Deutschland und den Niederlanden ist ein Novum. Nur wenige Studien haben sich bisher mit der politischen Kultur beider Länder beschäftigt, ein fruchtbarer wissenschaftlicher Vergleich der medialen Strukturen liegt nicht vor. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn sich bisher – soweit bekannt – keine Forschungsarbeit mit der politischen Kommunikationskultur beider Länder auseinandergesetzt hat. Und das, obwohl regelmäßig beide Länder den grenzüberschreitenden Blick wagen, um voneinander zu lernen. Bei Fragen der Arbeitsmarkt-, Familien-, Integrations- oder Gesundheitspolitik wird immer häufiger auf Lösungskonzepte des jeweils anderen Landes geschaut. Die in Deutschland und den Niederlanden parallel laufenden Prozesse besagen jedoch nicht, dass

zwangsläufig auch die gleichen Wege eingeschlagen werden, um sich den Herausforderungen der Moderne zu stellen. So konstatiert der Historiker Wielenga, dass „die niederländische Antwort auf politische und gesellschaftliche Herausforderungen eher gemäßigt und pragmatisch ausfällt und von einer Suche nach Konsens und Gemeinsamkeiten bestimmt ist. In Deutschland hingegen werden die Gegensätze stärker betont, es wird kontroverser diskutiert und es entsteht schneller der Eindruck unüberwindbarer Klüfte. Während in den Niederlanden eher davon ausgegangen wird, dass alle Betroffenen einen Grundkonsens mittragen, wird in der Bundesrepublik sogleich den Kontrahenten ein Abweichen von dieser Vereinbarung unterstellt („Sie wollen eine andere Republik!“).“⁹

Institutionalisierte Formen, bei denen der grenzüberschreitende Austausch von Problemen und Lösungswegen zentral steht (deutsch-niederländische Parlamentariergruppen auf Bundes- und Landesebene, Austauschprogramme für Journalisten, Deutsch-Niederländische Kulturvereine und dergleichen) zeigen, dass die Frage „Wie macht ihr das eigentlich?“ vermehrt gestellt wird. Doch sobald diese Frage aufgeworfen wird, muss klar sein, dass Lösungswege in beiden Ländern immer auch mit einem gesellschaftlich-kulturellen Kontext verbunden sind, der sich vielfach voneinander unterscheidet.

Das vorliegende Forschungsvorhaben will gerade diese gesellschaftlich-kulturellen Kontextunterschiede für das Gebiet der politischen Kommunikation in Deutschland und den Niederlanden aufzeigen. Wie eingangs deutlich wurde, ist dieser Bereich eine wesentliche Schnittstelle bei der Politik und Medien aufeinander treffen und somit auch ein wesentlicher Bereich für die Funktionsfähigkeit moderner Gesellschaften. Denn fraglich ist, um bei der eingangs verwendeten Metapher zu bleiben, ob die Welle der wechselseitigen Kritik tatsächlich seit vielen Jahren und Jahrzehnten zur Interaktion von Politikern und Journalisten zählt, oder aber, ob sich die Welle der Kritik inzwischen zu einer Flutwelle des gegenseitigen Misstrauens aufbaut, welche den politischen Kommunikationsraum zu überfluten droht und die Interaktion von Politikern und Journalisten gefährdet. Wenn dies der Fall wäre, dann geriete auch der Tausch von Aufmerksamkeit und Information, welcher Öffentlichkeit bzw. die öffentliche Diskussion als Basis der Demokratie überhaupt erst ermöglicht, in Bedrängnis.

Der grenzüberschreitende Blick kann dabei helfen, diese „nationale Kontroversen und Probleme zu klären, neu zu interpretieren und Hinweise zu deren Lösung zu bieten.“¹⁰

Katrin Arntz

⁹ F. WIELENGA, *Einleitung*, in: DERS. (Hrsg.): *Politische Kulturen im Vergleich. Beiträge über die Niederlande und Deutschland seit 1945*, Bonn 2002, S. 15.

¹⁰ F. ESSER, *Journalismus vergleichen. Journalismustheorie und komparative Forschung*, in: M. LÖFFELHOLZ (Hrsg.), *Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch*, Wiesbaden 2000, S. 141.